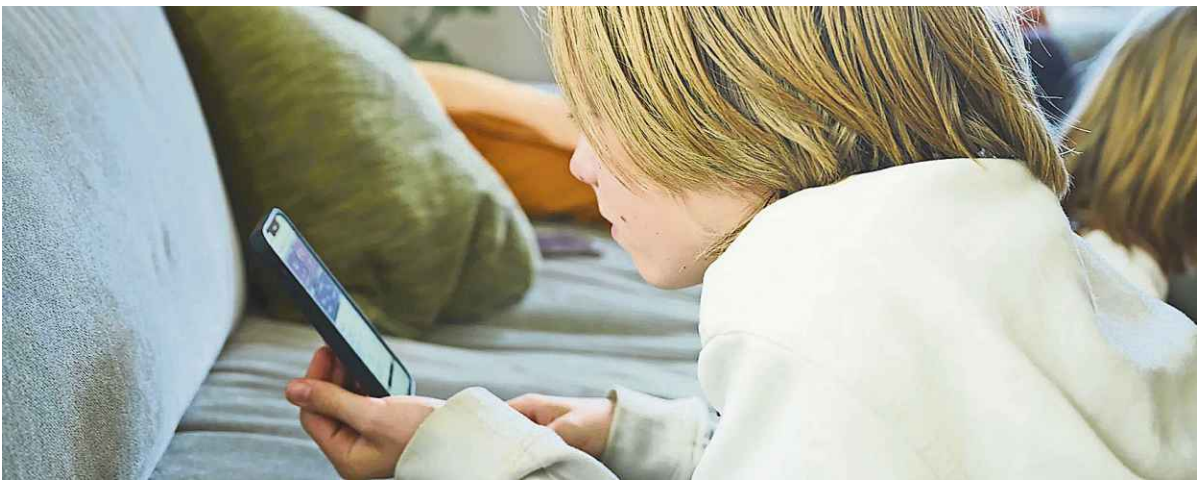


Pforzheimer Zeitung

Donnerstag, 17. September 2026

E 5597 · NUMMER 215 · 3,70 € · 75172 PFORZHEIM | POSTSTRASSE 5



Altersgrenzen für Soziale Netzwerke sollen kommen – doch bis es so weit ist, kann es noch dauern. FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA

TikTok und Co. bald erst ab 13 Jahren?

■ In Deutschland und dem Rest der EU könnten Soziale Netzwerke künftig bis zu einem bestimmten Alter tabu sein. Was plant Brüssel genau?

NIKLAS TREPPNER, ANN-KRISTIN WENZEL UND JÖRG RATZSCH
STRASSBURG

Die EU-Kommission will den Zugang zu Sozialen Netzwerken für Kinder beschränken. „Keine Sozialen Netzwerke unter dem Alter von 13 Jahren. Kein eigenes Nutzerkonto unter dem Alter von 15 Jahren“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im EU-Parlament.

■ **Heißt das, ein Social-Media-Verbot kommt?**
Das ist noch lange nicht beschlossene Sache. An diesem Donnerstag will von der Leyen einen Gesetzestext mit den Details des Vorschlags vorstellen. Anschließend müssen sich das EU-Parlament und die Mitgliedsländer damit befassen. Bis es zu einer Einigung kommt und ein Mindestalter tatsächlich eingeführt wird, könnten Monate oder Jahre vergehen.

■ **Was schlägt die EU-Kommission vor?**
Eigene Konten auf TikTok und Co. sollen für Kinder unter 13 Jahren komplett tabu sein. Die großen Plattformen sehen schon jetzt in ihren Geschäftsbedingungen ein Mindestalter von 13 Jahren vor. Die Internetchwächer in Brüssel kritisierten jedoch wiederholt, dass diese Altersgrenze nicht richtig durchgesetzt werde. Das soll sich ändern.

Die Beweislast solle umgekehrt werden, sagte von der Leyen: „Die Plattformen müssen beweisen, dass sie sicher sind. Es geht nämlich nicht darum, dass unsere Minderjährigen auf Soziale Medien zugreifen. Es geht darum, wann und in welchem Ausmaß wir Sozialen Medien den Zugang zu Minderjährigen erlauben.“ Ab 13 Jahren dürfen Jugendliche künftig nach von der Leyens Vorstellung etwas mehr: Dann sollen sie „Mini-Konten“ nutzen dürfen, die von den Eltern eingerichtet und beaufsichtigt werden, mit begrenzten Funktionen und zeitlicher Einschränkung.

■ **Welche Sicherheitsvorgaben soll es geben?**
Jugendliche ab 15 Jahren sollen dann auch eigene Konten in Sozialen Netzwerken haben können – falls das Design sicher ist. Dies müssten die Plattformen dann nachweisen. Die EU-Kommission versteht unter „safety by design“ etwa, dass Social-Media-Plattformen keine suchtfördernden Algorithmen haben und Funktionen wie endloses Scrollen oder das automatische Abspielen von Videos deaktiviert sind.

■ **Ist das für Deutschland wichtig?**
Ja, denn was die EU-Kommission vorhat, ist auch für die deutsche Debatte über ein Social-Media-Verbot entscheidend. Die Brüsseler Behörde hat in Teilen der Digitalpolitik ein Vorrecht. Deutschland darf zwar grundsätzlich selbst der Bevölkerung vorschreiben, ab welchem Alter Social Media erlaubt ist. Dann müssten Eltern kontrollieren, ob sich ihre Kinder an die Regeln halten.

Sollen die großen Plattformen wie TikTok, Snapchat, Instagram und Co. in die Verantwortung genommen werden, kann das aber nur die EU-Kommission durchsetzen. Genau das fordern viele Politiker in Mitgliedsländern der EU, sie wollen quasi den Plattformen die Rolle der Türsteher geben. Doch nur die EU kann per Gesetz von den Online-Riesen eine Alterskontrolle verlangen. Die Kommission setzt die Digitalgesetze ihnen gegenüber durch. **Politik, Seite 2**

Entlastung beim Sprit soll zum 1. Oktober kommen

■ Die Bundesregierung will schnell handeln. Doch was genau passieren soll, ist umstritten.

CHRISTOPH RÜHRMAIR UND MAREK MAJEWSKY | MÜNCHEN/BERLIN

„Die Menschen brauchen jetzt nicht die Aussicht auf Entlastung, sondern sie brauchen Entlastung.“

THORSTEN FREI, Unionsfraktionschef

Während die Spritpreise von Rekord zu Rekord klettern, arbeitet die Koalition an schnellen Entlastungen. Unionsfraktionschef Thorsten Frei will Sofortmaßnahmen zum 1. Oktober, wie er im „Frühstart“ von RTL und ntv sagte. Auch die SPD will schnelle Maßnahmen.

Superbenzin der Sorte E10 erreichte am Dienstag im bundesweiten Tagesdurchschnitt den vierten Rekord in direkter Folge. Ein Liter kostete 2,30 Euro. Auch Diesel verteuerte sich erneut auf 2,422 Euro pro Liter.

Frei sagte im „Frühstart“, er rechne nicht mit einer schnellen Entspannung bei der Ursache für die hohen Spritpreise. Als Möglichkeiten für Entlastungen nannte er eine neuerliche Senkung der Energiesteuer nach dem Vorbild des Tankrabatts vom Mai und Juni sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 19 auf 7 Prozent. Der Staat profitiere über die Mehrwertsteuer von den hohen Preisen. „Davon etwas zurückzugeben, wäre deswegen eine naheliegende Maßnahme.“

Während die SPD unter anderem eine Übergewinnsteuer und einen Spritpreisdeckel fordert, ist die Union hier skeptisch. Frei lehnte eine Übergewinnsteuer ab. Auch Wirtschaftsministerin Katrin Reiche (CDU) will lieber bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt über Direktzahlungen entlasten. Laut Finanzministerium ist dies inzwischen machbar, bisher liegen aber lediglich von 19 Prozent der Steuerpflichtigen die notwendigen Bankverbindungen vor.

CDU-Ministerpräsidenten stellen sich hinter Merz

BERLIN. Die acht Ministerpräsidenten der CDU haben Bundeskanzler Friedrich Merz (Foto: Michael Kappeler/dpa) in der Debatte über seine politische Zukunft Rückendeckung gegeben. „Die Menschen können darauf vertrauen, dass wir ihre Probleme angehen. Als Ministerpräsidenten wollen und werden wir gemeinsam mit dem Bundeskanzler unseren Beitrag dazu leisten“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die vier Tage vor den für die CDU schwierigen Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht wurde. Der Weg zu neuem Vertrauen der Menschen in die Christdemokratie führe über das Zuhören und politisches Handeln, nicht über Personaldiskussionen.

Das Wahldebakel der CDU in Sachsen-Anhalt hatte Merz innerparteilich massiv unter Druck gebracht. Seit Tagen wird darüber spekuliert, ob er sich halten kann. Die mächtigen Regierungschefs der Länder hatten sich bisher zurückgehalten. Mit einer klaren Absage an Personaldebatten stellen sie sich nun zunächst klar hinter Merz. Die Initiative soll vom rheinland-pfälzischen Regierungschef Gordon Schnieder ausgegangen sein.

In der Erklärung der Ministerpräsidenten heißt es: „Das politische Deutschland braucht jetzt mehr denn je Stabilität. In dieser Lage kommt es jetzt auf die Geschlossenheit, die Tatkraft und einen klaren Kurs der deutschen Christdemokratie an.“ **dpa**
Blickpunkte, Seite 3

DEMOKRATIE BRAUCHT VIELE STIMMEN.

Recherche schafft Klarheit

PFORZHEIM. Journalismus schafft Orientierung – unter diesem Motto analysiert PZ-Redakteur Claudius Erb, wie sich eine Nachricht durch Recherche verändern kann. Und Thea Dorn positioniert sich im PZ-Interview zur Meinungsfreiheit. **pz Kultur, Seite 12**
Pforzheim, Seite 15

Nagoldfreibad wird teurer

Böse Überraschungen auf der Baustelle zur Sanierung des Nagoldfreibads treiben die Kosten für das Projekt um drei Millionen Euro in die Höhe. **Seite 13**

DER TAG WIRD GUT

„Das Glück ist das einzige, das sich verdoppelt, wenn man es teilt.“

Albert Schweitzer (1875–1965), deutsch.-franz. Arzt und Theologe

BÖRSE	
DAX	25.537,75 +0,53 %
ÖL	106,06 –2,02 %
in US-\$/Barrel	
GOLD	4.296,15 +0,68 %
in US-\$/Unze	

UNTERM STRICH

Mehr Amerika geht immer

DONALD TRUMP IST JA EIN BISSCHEN WIE PIPPI LANGSTRUMPF. Zumindest macht auch er sich die Welt, widdewidde wie sie ihm gefällt. Nämlich amerikanischer: Aus dem Golf von Mexiko machte er kurzerhand der „Golf von Amerika“, aus dem Lake Ontario soll der „Lake America“ werden und aus New Mexico könnte nach einem Trump-Post bald

„New America“ werden. Das regt schon zum Schmunzeln an. Kein Wunder, dass die Erfinder der satirischen Zeichentrickserie „South Park“ da mitmachen wollen: „Inspiziert vom Mut und Patriotismus von Apple und Google ändern wir den Namen von „South Park“ zu

„South America“, erklärten Trey Parker und Matt Stone auf der Plattform X. Damit spielten sie darauf an, dass die Konzerne die Orte in ihren Kartendiens-ten umbenannt hatten. Damit bekommt der US-Präsident endlich die Aner-



Donald Trump FOTO: CARL COURT/DPA/PAWIRE

kennung, nach der er sich bestimmt sehnt: Er verändert nicht nur Landkarten, sondern sogar Fernsehprogramme. Bleibt nur die Frage, wann auch er endlich seiner eigenen Linie folgt. Donald Trump klingt doch so unpatriotisch. Viel besser wäre doch Donald America – Präsident der Vereinigten Staaten von Trump. **dpa/cia**

WETTER

 **23** Viel Sonnenschein, im Tagesverlauf immer mehr Wolken.
 **10** Mäßig warm.

Schwacher bis mäßiger Wind um West bis Südwest. **Seite 23**

WO STEHT WAS

Sport	9
Kinder-PZ / Rätsel	20
Termine / Notdienste / Roman	22
Fernsehen / Wetter	23
Anzeigen	24

(Print) ISSN 3053-3104 / (Online) ISSN 3053-3112

